

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 109 (2015)
Heft: 7-8

Artikel: Martin Grichtings "Entpolitisierung" der Kirche
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Martin Grichtings «Entpolitisierung» der Kirche

Er sei ein «besorgter katholischer Würdenträger – besorgt über die zunehmende Politisierung seiner Ecclesia». Die Rede ist von Martin Grichting, Generalvikar des Bistums Chur. So belobigt und zum «erfreulich streitbaren Notabeln der katholischen Kirche» geadelt wird er von René Scheu, Redaktor der unüberbietbar neoliberalen Zeitschrift «Schweizer Monat». Dabei geht es um ein Pamphlet, das in der Dezembernummer 2014 veröffentlicht wurde. Schon der Titel steht für die politische Beliebigkeit, die Grichting von seiner Kirche erwartet: «Nicht Mitte, nicht links, nicht rechts».

Auf die anschliessende Kritik von Benno Schnüriger, dem Präsidenten des zürcherischen Synodalrates, hat Grichting nur ausweichend geantwortet. Seither scheint Schweigen angesagt. Ist es Zustimmung, Resignation oder Achselzucken über einen ausgefallenen – um nicht zu sagen ausfälligen – Einzelfall?

Der Churer Generalvikar wirft der Schweizer Bischofskonferenz vor, dass sie sich unter dem Titel «Die Kirche ist politisch» zu Wort gemeldet habe, ja dass deren Präsident «der Banken- und Finanzwelt» unterstelle, «sie habe sich von den realen Bedürfnissen der Wirtschaft verabschiedet», weshalb er «zeitgeistkonform mehr politische Regulierung» fordere. Man reibt sich die Augen. Wer huldigt denn da dem Zeitgeist? Seit wann ist es Mainstream, nicht mit den Wölfen zu heulen?

«Evangelium als Marketinginstrument für Gutmenschentum»

Aber es kommt noch dicker und nur scheinbar grundsätzlicher. Kirche nach Grichtings Geschmack «vertritt eine Glaubenslehre, die per definitionem nicht die Lösung kontingenter weltlicher Fragen zum Ziel haben kann». Aber diese Glaubenslehre werde «heute vornehmlich für linke Anliegen» missbraucht. «Denn nicht wenige Kirchenleute», so Grichting weiter, «sehen in Jesus Christus im Grund ein sozialistisches Blumenkind. Und so setzen sie das Evangelium als Marketinginstrument für ihr Gutmenschentum ein.» Die Liesel kennt man am Geläut. Der Jargon aus der rechten Ecke, den Grichting bereitwillig übernimmt, wenn nicht überbietet, zeigt, wo er steht.

Nach Grichtings Dualismus von Glauben und Politik gibt es auf der einen Seite die absoluten Glaubenswahrheiten, die immer und überall dieselben sind, der Profangeschichte enthoben und ohne Bedeutung für die Politik, von Bedeutung nur für die Heilsgeschichte, die sich um nichts anderes kümmert als um die jenseitige Rettung der Seelen. Auf der andern Seite steht die Politik, die der Profangeschichte zugehörig und daher relativ ist und von jedem und jeder wieder anders beurteilt werden kann, sei es fortschrittlich oder reaktionär. Eine platonische Idee des Christlichen verbindet sich mit einer unverbindlichen, auf ein

paar Leerformeln entkernten Soziallehre, die für alle da sein will, indem sie allen nichts mehr zu sagen hat – und damit der Beliebigkeit Tür und Tor öffnet.

Da Grichting sich auf das Zweite Vatikanische Konzil beruft, kommt er freilich nicht umhin, Bereiche zu benennen, wo «die amtliche Verkündigung automatisch politisch» werde. Seine Beispiele reduziert er jedoch auf «Fragen der Bioethik oder des Rechts auf Leben», am liebsten wohl auf das, was in den Schlafzimmern passiert, wie er zur «Deutungshoheit über den Glauben» nun auch noch in der NZZ (22.5.2015) vermeldet. Nicht in die Kompetenz der Kirche fällt für Grichting dagegen die Frage nach den «Wirtschaftsordnungen». Auch nicht, was eine Wirtschaft anrichtet, die eine Milliarde Menschen Hunger leiden lässt? Der Satz von Papst Franziskus: «Diese Wirtschaft tötet» (Evangelii Gaudium, Nr. 35), ist laut Redaktor Scheu sogar Auslöser für Grichtings Kritik am «Gutmenschentum» gewesen.

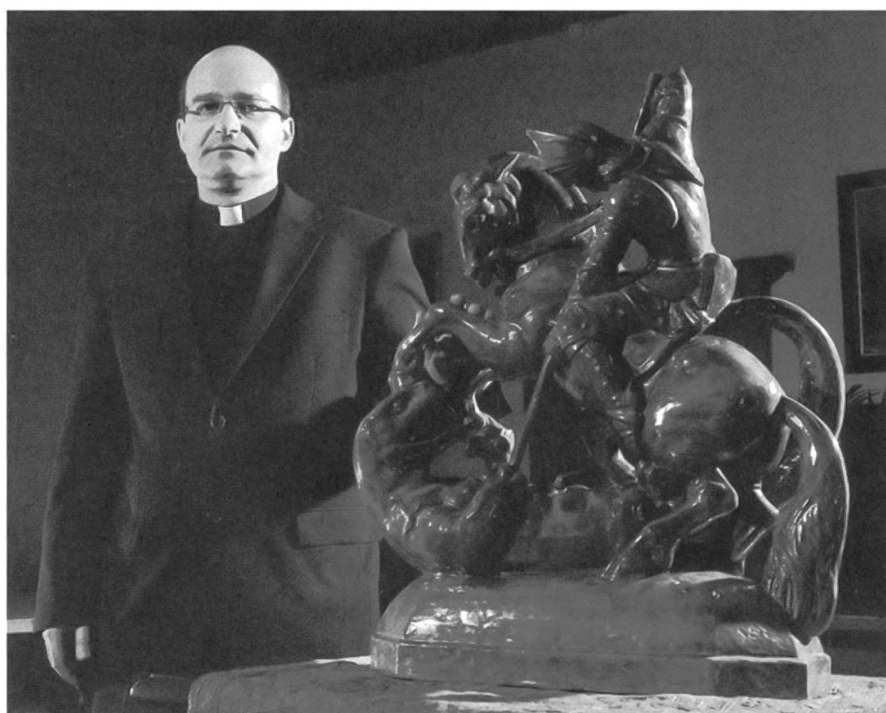
Wenn «Wirtschaft tötet» – na und?

Bleiben wir beim Konzil, dessen Wirtschaftsethik Grichting schlicht ausblendet, sei es aus eigener Ignoranz oder sei es im Vertrauen auf die Ignoranz der «Gläubigen». Die Pastoralkonstitution «Gaudium et Spes» verkündet immerhin den dreifachen Vorrang des Menschen vor dem Profit, des Gemeinwohls vor dem Markt und der Arbeit vor dem Kapital, während ein Neoliberalismus, wie ihn Grichtings neue Hauspostille vertritt, diesen dreifachen Vorrang in sein Gegenteil pervertiert: zum Vorrang des Profits vor dem Menschen, des Marktes vor dem Gemeinwohl und des Kapitals vor der Arbeit.

Grichting unterscheidet sich von diesem Neoliberalismus nur dadurch, dass er ihn auch noch für christlich hält. Ganz im Gegensatz zur kirchlichen Soziallehre, die einen derartigen «Kapitalismus und Liberalismus» als «Verirrung» ansieht. Sogar «restlos überwinden» woll-

te sie Johannes Paul II. in seiner Arbeitsenzyklika 1981: «Diese Verirrung lässt sich nicht anders restlos überwinden als durch entsprechenden Wandel sowohl auf theoretischem wie auf praktischem Gebiet. Dieser Wandel muss dahin führen, dem Vorrang der Person gegenüber den Sachen, der menschlichen Arbeit im Vergleich zu dem als Inbegriff aller sachlichen Produktionsmittel verstandenen Kapital unbedingte Beachtung zu verschaffen» (Laborem exercens, Nr. 13).

Gewiss sind die Grundsätze der kirchlichen Wirtschaftsethik konkretisierungsbedürftig, und ebenso gewiss kann es dabei unterschiedliche Meinungen geben. Trotzdem wird die Soziallehre sehr



konkret, wenn es um entscheidende Fragen der Wirtschaft geht. So verdeutlicht das Konzil den Vorrang des Menschen vor dem Profit durch die «Gemeinwidmung der Güter», wonach Eigentum nur soweit zu rechtfertigen ist, als es «auch anderen von Nutzen sein» kann (Gaudium et Spes, Nr. 69). Darum muss niemand verhungern, wenn andere im Überfluss leben. «Wer aber sich in äusserster Notlage befindet, hat das Recht, vom Reichtum anderer das Benötigte an sich zu bringen» (ebd.).

*Sieht sich Generalvikar Martin Grichting wirklich als Drachentöter?
Bild: Philippe Rossier/
Blick*

Wenn Grichtings Freunde, die partout nicht «Gutmenschen» sein wollen, die Sozialhilfe für die Armen und die Nothilfe für die Ärmsten immer mehr herunterfahren, kann dieser Satz auch hierzulande bedeutsam werden. Aktuell sind die Konsequenzen für die Verschuldungskrise. Es sei «nicht erlaubt, eine Rückzahlung zu erwarten oder einzufordern, die zu politischen Massnahmen zwingt, die ganze Völker in den Hunger und in die Verzweiflung treiben würden», mahnte Johannes Paul II. in seiner Jubiläumszyklika 1991 (Centesimus Annus, Nr. 35). Nicht nur in Griechenland wäre es längst soweit.

Weiter bleibt die Soziallehre der katholischen Kirche nicht beim grundsätzlichen Vorrang der Arbeit vor dem Kapital stehen, sondern konkretisiert ihn durch Forderungen nach Mitbestimmung und Miteigentum. Vor allem aber ist ein wirtschaftliches Unternehmen nicht Verfügungsobjekt von Kapitalgesellschaften, sondern ein «Verbund von Personen» (Gaudium et Spes, Nr. 68), was die in der Schweiz herrschende Alleinbestimmung des Kapitals ausschliessen würde.

Und wenn Grichting dem Präsidenten der Bischofskonferenz vorwirft, er fordere «zeitgeistkonform mehr politische Regulierung» für den Banken- und Finanzsektor, dann wäre an den Vorrang des Gemeinwohls vor dem Markt zu erinnern. Mit den Worten Pauls VI.: «Ohne den freien Markt abzuschaffen, sollte man doch den Wettbewerb in den Grenzen halten, die ihn gerecht und sozial, also menschlich machen.» (Populorum Progressio, Nr. 61) Was heisst das in einer Zeit, in der immer deutlicher wird, dass der «ungehemmte Liberalismus» die «Ursache des finanzkapitalistischen Internationalismus oder des Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» ist, wie Paul VI. unter Berufung auf Pius XI. sagte (Populorum Progressio, Nr. 26)? Dass die bestehenden Regulierungen der

Banken- und Finanzwelt international wie national immer noch völlig unzureichend sind, leuchtet jedem ein, der sich nicht einer neoliberalen Gehirnwäsche unterzogen hat oder karrierebedingt unterziehen musste.

Wo bleibt das «Volk Gottes»?

Grichting hat aber auch ein sonderbares Verständnis von den sogenannten Laien in der Kirche. Während die Amtskirche sich auf das beschränken soll, was Grichting unter Glaubenswahrheiten und Moral versteht, sieht er die Laien als Individuen, die sich auf ihren politischen Spielwiesen mit- oder gegeneinander abstrampeln und reichlich unbeleckt von Sozialethik tun und lassen dürfen, was in ihnen beliebt. Dabei mag es vielleicht auch ein paar «linke Gutmenschen» vertragen, Hauptsache, sie können und dürfen sich dabei nicht auf die Kirche oder gar das Reich Gottes berufen. Mit dieser Arbeitsteilung restauriert der Churer Prälat Kirche als Zweiständegesellschaft und verkauft diese erst noch mit dem Argument der Emanzipation der Laien, derweil er ihnen in dem, was er der Amtskirche vorbehält, das Maul verbietet.

Seit dem Konzil versteht sich Kirche demgegenüber als Volk Gottes, das als solches aufgerufen ist, «nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten» (Gaudium et Spes, Nr. 4). Die prophetische Gabe für das politische Reden und Handeln der Kirche wird hier unübersehbar Laien wie Amtsträgern zugeordnet. Bezogen auf die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Voraussetzungen in den verschiedenen Ländern, sagte Paul VI. ein paar Jahre später, es obliege den «einzelnen christlichen Gemeinschaften [...], mit dem Beistand des Heiligen Geistes, in Verbundenheit mit ihren zuständigen Bischöfen und im Gespräch mit den anderen christlichen Brüdern und allen Menschen guten Willens darüber zu befinden, welche Schrit-

te zu tun und welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Reformen herbeizuführen, die sich als wirklich geboten erweisen und zudem oft unaufschiebbar sind» (Octogesima Adveniensi, Nr. 4).

Soziallehre ist eben auch, was die Ortskirchen für ihre Gesellschaft als politisch notwendig erachten. Dabei geht es gewiss nicht um die von Grichting so einfühlsam kritisierte «Gängelung» der Laien. Die eben zitierte Stelle bekräftigt vielmehr den Stellenwert synodaler Entscheidungsprozesse, wie wir sie in der Schweiz mit der «Synode 72» erleben durften. Nicht vergessen ging inzwischen auch die Ökumene, dank welcher 2001 der Öffentlichkeit ein «Wort der Kirchen» übergeben wurde, das aus dem interkonfessionellen Dialog von Kirchenleitungen, Fachleuten und Basis hervorging.

«Avantgarde» oder «Schlusslicht»?

Grichting ist nicht der einzige, der jetzt «April! April!» ruft und eine sozial-ethisch und prophetisch auftretende Kirche ablehnt. Diese von «Chur» ausgehende Richtung lähmt immer mehr die Schweizer Bischofskonferenz, die 2012 beschloss, das Sekretariat ihrer Kommission «Justitia et Pax» bis zur – erhofften? – Wirkungslosigkeit zu verkleinern. Selbst eine Unterstützung der Erbschaftssteuer, die früher selbstverständlich gewesen wäre, kommt unter den Bischöfen nicht mehr zustande. Auch eine Paulus-Akademie Zürich, die berufen wäre, Gegensteuer zu geben, nähert sich in Wirtschaftsfragen der Standpunktlosigkeit, die sie im Grunde überflüssig macht. Doch niemand polemisiert und polarisiert so ungehemmt wie Grichting. Er mimt nur zu gern den «Mann fürs Grobe» und begibt sich in die Niederungen der Politik, die er aus seiner «transzendenten» Warte ja eigentlich meiden müsste.

Papst Franziskus sieht das Verhältnis

von Glauben und Politik glücklicherweise anders. So hat er den Bischof der Armen, Oscar Romero, seliggesprochen und den Vater der Befreiungstheologie, Gustavo Gutiérrez, rehabilitiert. Mag sein, dass Grichtings Alarmismus vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen zu sehen ist. Jedenfalls hat schon Gutiérrez das Kalkül durchschaut, mit dem die politische Rechte immer mal wieder das Konzil zur Begründung politischer Beliebtheit missbraucht. Die «vermeintliche politische Enthaltung» der Kirche sei, schreibt Gutiérrez in seiner «Theologie der Befreiung» (München 1973), «das jüngste Kampfpferd konservativer Kreise» und «nichts anderes als ein Vorwand, um alles beim alten zu lassen» (S. 251). Und: «Die herrschenden Gruppen, die sich stets der Kirche bedient haben, um ihre Interessen zu verteidigen und ihre Privilegien zu sichern, appellieren heute, da sie «subversive» Tendenzen im Innern der christlichen Gemeinde Raum gewinnen sehen, an die rein religiöse und geistige Funktion der Kirche.» (S. 62)

Die Stimmen, die auf einer politischen Kirche beharren, sind für Grichting «nicht die Avantgarde der Kirche, wie sie uns gerne glauben machen, sondern ihr Schlusslicht». Man sollte meinen, als Generalvikar und «Moderator Curiae» hätte Grichting einen anderen Auftrag, als den Neoliberalen ein gutes Gewissen einzureden und Gläubige zu schmähen, die sich für das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit einsetzen. ●

spieler@goldnet.ch